PARLAMENTSREPORT
Fraktion im Thüringer Landtag
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

# Thüringer Hochschulgesetz für mehr Mitbestimmung

## Christian Schaft: Mit verbindlicher Zivilklausel die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen im Fokus

**Das Kabinett hat am 12. September im zweiten Durchgang den Referentenentwurf für das neue Thüringer Hochschulgesetz beschlossen. Es wird jetzt dem Landtag zu den weiteren Beratungen zugeleitet. Die Verabschiedung des Gesetzes und sein Inkrafttreten sind für das Frühjahr 2018 vorgesehen. Die Hochschulen haben dann eine Frist zur Umsetzung der neuen Strukturen und Vorgaben bis zum 1. Oktober 2019.**

Die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Thüringer Hochschulgesetzes ergab sich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine stärkere Beteiligung der Hochschullehrer an allen Entscheidungen in den Bereichen Forschung und Lehre verlangt. Zugleich gibt der Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung eine Stärkung der Rechte Studierender und eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen auf.

Um bei der Novellierung des Gesetzes die Interessen der Hochschulakteure mit zu berücksichtigen und diese am Neuentwurf zu beteiligen, hatte das Wissenschaftsministerium im Januar 2016 den Thüringer Hochschuldialog gestartet, in dessen Rahmen Diskussionsrunden an allen Hochschulstandorten stattfanden. In sieben Regionalforen wurden Forderungen und Positionen vorgetragen.

Für Christian Schaft, hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag, wird das neue Thüringer Hochschulgesetz „im bundesweiten Vergleich Maßstäbe für Beteiligung und Mitbestimmung an den Hochschulen setzen“.

Die geplante Verankerung paritätischer akademischer Gremien und die Stärkung der Senate an den Thüringer Hochschulen sei „dabei auch das Ergebnis eines umfassenden zweijährigen Beteiligungsprozesses, bei dem alle Statusgruppen Verbesserungen eingefordert haben“. Der Abgeordnete verwies zudem auf zahlreiche weitere Verbesserungen im Gesetz, die seitens der LINKEN „eindeutig begrüßt werden. Es ist wichtig, dass wir mit einer verbindlichen Zivilklausel, mit Kodizes für Gute Arbeit in der Wissenschaft, einer Stärkung der Bereiche Gleichstellung und Diversität die gesellschaftliche Verantwortung der Thüringer Hochschulen mehr in den Fokus nehmen. Auch die Regelung zur Bauherrenfunktion für die Friedrich-Schiller-Universität Jena und andere Hochschulen ist ein vernünftiger Kompromiss, der die Hochschulautonomie weiter stärkt“.

Gegenüber der Thüringischen Landeszeitung (TLZ) hatte Christian Schaft betont: „Wir brauchen eine einheitliche Form der Zivilklausel für alle Hochschulen und zudem eine Kontrollinstanz.“

### Ethikkommission zur Rüstungsforschung

Diese Aufgabe sollte eine Art Ethikkommission übernehmen, die grundlegend prüft, wem die Rüstungsforschung nützt und die darüber entscheidet, ob sie moralisch vertretbar ist oder nicht. Nach den Vorstellungen des LINKE-Abgeordneten sollte dieses Gremium jeweils an den Hochschulen angesiedelt und mit Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden besetzt sein.

Jedenfalls freut sich Christian Schaft „nun auf das ausführliche mündliche Anhörungsverfahren im Landtag. Ich bin sehr gespannt auf die Einschätzungen und Bewertungen, welche uns im parlamentarischen Verfahren begegnen werden. Ich erhoffe mir hierbei insbesondere nochmals Impulse in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, etwa von Mittelbau, Lehrbeauftragten und studentischen Beschäftigten, und auch auf das Thüringer Hochschulgebühren- und entgeltgesetz, wo aus meiner Sicht noch Nachbesserungsbedarf im Sinne einer studienfreundlichen Ausgestaltung besteht.“ ■

# Haushaltsberatungen: Investitionen für ein gerechtes Thüringen

**Mit der Generalaussprache in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 15. September im Thüringer Landtag, an der Ministerpräsident Bodo Ramelow und Finanzministerin Heike Taubert teilgenommen hatten, begannen die Ausschuss-Beratungen zum Entwurf des Landesdoppelshaushalts 2018/19. Aus diesem Anlass erklärte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Susanne Hennig-Wellsow:**

„Wir investieren in ein soziales Thüringen - und zwar für alle Menschen. Mehr Geld für Bildung, Schulen und Kitas, gute Arbeit, Sicherheit, Gesundheit, Kultur und die Kommunen, so machen wir den Freistaat zukunftsfest und gerechter.

Der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ist ein wichtiger Schwerpunkt – von der Schulsanierung bis zur Förderung neuer Sporthallen. Der von der Landesregierung frühzeitig vorgelegte Haushaltsentwurf ist solide und mit Augenmaß aufgestellt: Wir gestalten mit hohen Investitionen, sorgen für die Zukunft vor und bauen die von den CDU-Regierungen hinterlassenen Schulden und in sogenannte Sondervermögen versteckten Altlasten ab.“

### Susanne Hennig-Wellsow: „Aber da haben Mike Mohring und seine Dagegenpartei nichts zu bieten“

Ebenso wie in der Plenardebatte zur Einbringung des Doppelhaushalts hat die CDU erneut ihre derzeitige haushaltspolitische Inkompetenz bewiesen. Dazu Susanne Hennig-Wellsow weiter: „Die CDU muss sich entscheiden, was sie will: Ideologisch begründetes Sparen auf Kosten der Bürger oder einen handlungsfähigen Staat. Wer mehr Sicherheit und bessere Bildung will, der muss auch Geld für Polizisten, Lehrer und Schulsanierung ausgeben. Sparen und Mehrausgaben zugleich, das geht einfach nicht.

Glaubwürdige Oppositionsarbeit sollte mit konkreten Vorschlägen grundiert werden – aber da haben Mike Mohring und seine Dagegenpartei nichts zu bieten. Das Mantra vom Sparen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger führt in die falsche Richtung und lässt Infrastruktur, Schulen, Straßen und Spielplätze verkommen. Sozial, gerecht, für alle – das geht nur mit Rot-Rot-Grün.“

Mike Mohring hatte zur Generaldebatte im im Haushalts- und Finanzausschuss Rot-Rot-Grün „die geringe Schuldentilgung, falsche Prioritäten und ein unverantwortlich hohes Personalausgabenniveau von drei Milliarden Euro“ vorgeworfen und erklärt: „Die Ramelow-Regierung versagt mit Blick auf eine fürsorgende Personalentwicklung völlig und hat einen Schönwetterhaushalt vorgelegt, der bei schwächelnder Konjunktur und steigenden Zinsen zu drastischen Einschnitten zwingen würde.“ Das sei unverantwortlich. Andererseits meinte der CDU-Fraktionsvorsitzende, dass „diese Regierung förmlich in Geld schwimme“ und er forderte: Angesichts der glänzenden Einnahmesituation wäre es aus Sicht der CDU-Fraktion überdies erforderlich, in größerem Umfang Schulden zu tilgen. Dafür sieht die Ramelow-Regierung in zwei Jahren lediglich 60 Millionen Euro vor.

Mohring wörtlich: „Dass es so etwas wie eine schwächelnde Konjunktur und steigende Zinsen geben könnte, übersteigt offenbar die Phantasie der Linkskoalition. Allein ein Prozent Zinserhöhung würde Mehrkosten von 160 Millionen Euro bedeuten.“ ■

## Kurz und Prägnant

### Anhörung der Sachverständigen in Enquete

In ihrer dritten Sitzung hat die Landtags-Enquetekommission am 12. September die Sachverständigenanhörung zu Ursachen, Formen und Folgen der Verbreitung rassistischer Einstellungen und Diskriminierung fortgesetzt und weitere sachverständige Kommissionsmitglieder angehört.

Bereits in der Sitzung am 15. August hatten Ozan Keskinkılıç (Alice Salomon Hochschule Berlin) und Koray Yılmaz-Günay (Vorstandsmitglied im Migrationsrat Berlin-Brandenburg) die Konstruktion von „Rassen“ und die Funktion von Rassismus und Diskriminierung zur Rechtfertigung von Zugangsbeschränkungen zu Ressourcen beschrieben und kritisiert, dass in aktuellen Diskursen existierende „Vielfalt“ ausgeblendet werde. Jetzt hatte Ayşe Güleç (Kulturzentrum Schlachthof Kassel) den Bezug zur Opferperspektive NSU hergestellt und den Bogen zu migrantischem Wissen gezogen.

„Die Sachverständigenanhörung zeigt mögliche Handlungsfelder, auf denen institutionelle sowie organisatorische Bedingungen von Diskriminierung durch Landespolitik bearbeitet werden können“, so Sabine Berninger, Obfrau der Linksfraktion in der Enquete. „Mit der für die weitere Arbeit vorgesehenen Einbeziehung von Strategien gegen Rassismus und Diskriminierung nicht nur Thüringer Behörden, sondern auch anderer Bundesländer und Einrichtungen in EU-Ländern, erhoffen wir uns eine gute Basis für zu entwickelnde Strategien und Maßnahmen, die in Thüringen umsetzbar sind.“ ■

### Thüringer auf Platz 1 beim Bildungsstand

In Thüringen hatten im Jahr 2016, ähnlich wie auch in den Jahren zuvor, 95 Prozent der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mindestens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulzugangsberechtigung, Abschluss einer Lehrausbildung, einer Berufsfachschule oder Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung).

Damit war der Anteil der Bevölkerung dieser Altersgruppe mit diesem Bildungsstand neun Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil in der Bundesbevölkerung (86 Prozent) und 17 Prozentpunkte höher als der OECD-Durchschnitt (78 Prozent). Wie das Thüringer Landesamt für Statistik weiter mitteilte, lag der Freistaat damit im Vergleich aller deutschen Länder zusammen mit Sachsen an erster Stelle. ■

# 380-kV-Trasse steht für verfehlte Energiepolitik

**Steffen Harzer: Und weitere Projekte zementieren die Fehlplanung in unserer Landschaft**

**Am 14. September ist die Starkstromtrasse durch den Thüringer Wald offiziell in Betrieb gegangen. Die 380-Kilovolt-Leitung verbindet das Umspannwerk in Bad Lauchstädt bei Halle mit dem Umspannwerk in Redwitz in Oberfranken. Für den energiepolitischen Sprecher der Linksfraktion, Steffen Harzer, und viele andere engagierte Bürger, die jahrelang gegen diese Trasse gekämpft haben, war dies ein trauriger Tag.**

„Die 380-kV-Trasse durch Thüringen steht für eine völlig verfehlte Energie- und Netzpolitik. Und es werden bereits wieder Trassen durch Thüringen geplant, wieder mit der gleichen Begründung, dass angeblich Windstrom vom Norden in den Süden zu transportieren sei. Dabei war diese Begründung schon für die jetzt eingeweihte Trasse falsch“, sagte der LINKE-Politiker.

„Nicht nur dass durch die 380-kV-Trasse hauptsächlich Braunkohlestrom aus den mitteldeutschen Braunkohlerevieren transportiert wird, nun soll mit dem geplanten Südlink u.a. Strom aus Steinkohlekraftwerken an der Nordsee in den Süden geleitet und die dortige Fehlplanung in der Energieerzeugung in unserer Landschaft zementiert werden.“ Es grenze an einen Skandal, dass die bereits im vorangegangenen Planungs- und Genehmigungsverfahren vorgebrachten Anregungen, Hinweise und Kritiken „auch heute wieder nicht beachtet und einfach beiseite geschoben werden“.

Den Abgeordneten des Bundestages komme eine besondere Verantwortung zu, da sie die gesetzlichen Regelungen zum Bau des Süd- und Südostlinks durch Thüringen geschaffen haben. Er hätte erwartet, dass sich diese Politiker ihrer Verantwortung für die Region stellen und eine andere Energiepolitik vorantreiben: „Eine die Strom bezahlbar lässt und die eine Zerstörung der Natur durch die unnötigen Trassen verhindert. Wer sehen will, wie sich das angebliche Bündelungsgebot mit anderen Infrastrukturmaßnahmen auswirkt, der braucht nur mal auf den Rennsteig zu fahren und sich die sogenannte Thüringer Strombrücke anschauen. Ähnliches droht nun dem Werratal und der Rhön, daher brauchen wir einen Politikwechsel im Bundestag, der diesem Wahnsinn ein Ende bereitet und eine Energiepolitik vorantreibt, die regional, dezentral und erneuerbar funktioniert, die die Bürger, Kommunen und Stadtwerke aktiv und wertschöpfend mit einbezieht“, so Steffen Harzer. ■

*Jahrelang hatten Bürger und Bürgerinitaitiven - besonders engagiert im Ilm-Kreis und in Südthüringen - gegen den Bau der 380-kV-Leitung protestiert.*

## Hass, Gewalt und Volksverhetzung auf AfD-Demonstration in Jena

**Proteste und Anzeigen folgten der Demonstration und Kundgebung der Thüringer AfD am 12. September in Jena. Nachdem die LINKE-Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuss versuchten Raub, Nötigung sowie Beleidigung angezeigt hatte, gingen weitere Bürger gegen die AfD vor. So gegen deren Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl Stephan Brandner.**

Dieser hatte auf der Bühne die Frage gestellt „Kann den mal einer abschießen?“ und meinte den über der Veranstaltung kreisenden Polizei-Hubschrauber. Reinhard Schramm, Vorsitzender der jüdischen Landesgemeinde Thüringen, und Superintendent Sebastian Neuß vom evangelischen Kirchenkreis Jena begründeten in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre Anzeige gegen Teilnehmer der AfD-Demonstration mit dem Tatbestand der Volksverhetzung. Es wurde das antisemitische „U-Bahn-Lied“ gesungen mit dem Text: „Eine U-Bahn, eine U-Bahn, eine U-Bahn bauen wir. Von der JG (Junge Gemeinde Jena, d.R.) bis nach Auschwitz.“

Einige Teilnehmer der AfD skandierten während des Aufzuges „Hier regiert der nationale Widerstand“ und „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“.

Zum Übergriff auf Katharina König-Preuss hatte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow erklärt: „Dies ist der zweite Vorfall in weniger als zwei Wochen, bei dem eine Abgeordnete unserer Fraktion von einem AfD-Anhänger attackiert wurde. Die Täter leiten die Legitimation für ihr strafbares Handeln aus dem von der AfD transportierten Ideologiefundament ab, das aus Rassismus, Ausgrenzung und purer Demokratieverachtung besteht. Ich bin entsetzt über die um sich greifende Eskalation. Der Vorfall verdeutlicht, wie schnell aus den Worten und der Hetze der AfD auch Taten werden. Die politische Auseinandersetzung darf nie in Hass und Gewalt münden.“ Die Landespolitikerin sieht eine direkte Verantwortung bei der AfD für diese Vorfälle. Dazu gehört auch die durch die AfD im Landtag vorgenommenen Diskreditierung der „Jungen Gemeinde Stadtmitte“ (JG), die sich in Jena für eine weltoffene Gesellschaft einsetzt und auch gegen Neonazis Farbe bekannte und die Proteste unterstützte.

„Die Entwicklung ist besorgniserregend. Wir werden uns davon jedoch nicht einschüchtern lassen und rufen alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich weiterhin gegen Antisemitismus, Rassismus und Neonazis zu wenden und für eine offene Gesellschaft einzustehen“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. ■

# „Und schließlich sagte man ihr, sie sei zu alt“

## Bewegende Aussagen von Teilnehmern des Thüringer Arbeitslosenparlaments

**Die Tagung des Thüringer Arbeitslosenparlaments am 5. September im Erfurter Landtag, an der 180 Menschen teilgenommen haben - so viele wie noch nie -, „hat mich stark beeindruckt“, sagte Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.**

Die Erwerbslosen hatten den Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag aus verschiedenen Parteien, für die LINKE Anke Hofmann-Domke, ihre Fragen gestellt „und brachten zugleich unmissverständlich ihre Meinung ein“, so die Abgeordnete weiter.

Dabei sei es vor allem um Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut und mehr Möglichkeiten für öffentlich geförderte Beschäftigung gegangen. Auch das Thema armutsfeste soziale Grundsicherung ohne Sanktionen habe eine Rolle gespielt.

### Gemeinsame Erklärung einstimmig verabschiedet

Mit Verweis auf die Ausführungen von Heike Werner, Ministerin für Arbeit und Soziales (LINKE), vor dem Arbeitslosenparlament betonte Ina Leukefeld: „Die Ministerin hat sehr konkret zu den bisher erreichten Ergebnissen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik unter Rot-Rot-Grün in Thüringen gesprochen und viel Zustimmung gefunden. Die Gäste von Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen aus anderen Bundesländern äußerten sich beeindruckt und machten deutlich, dass Thüringen beweise, Veränderungen sind möglich, wenn es Mehrheiten für eine andere Politik gibt.“ Bewegt hat die LINKE-Politikerin auch die Aussage einer Teilnehmerin, die gleich nach der Wende arbeitslos geworden war. Erst habe es geheißen, ihre Kinder seien zu klein, dann, sie sei zu lange aus dem Arbeitsleben raus. Schließlich sagte man, sie sei zu alt. Erst jetzt habe sie durch die öffentliche geförderte Beschäftigung die Chance bekommen, wieder einer Arbeit nachgehen zu können. Dafür sei sie sehr dankbar.

In einer gemeinsamen Erklärung, die einstimmig verabschiedet wurde, forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Erhöhung des Regelsatzes bei Hartz IV, die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro, eine realistische Arbeitsmarktstatistik, ein Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung durch den Bund nach dem Thüringer Beispiel und eine gerechte Steuerpolitik, um das finanzieren zu können.

„Diese Forderungen bestärken die LINKE in ihrem Bemühen um eine ehrliche Politik für Beschäftigte und Erwerbslose. Dazu gehört auch die Notwendigkeit einer Umverteilung des Reichtums in der Gesellschaft“, so Ina Leukefeld.

### Für den Aktiv-Passiv-Transfer

In ihrem ausführlichen Redebeitrag hatte Ministerin Heike Werner auf die vergleichsweise geringe Arbeitslosenquote verwiesen, die allerdings erkauft sei durch Niedriglohn und Leiharbeit. Die Arbeitsmarktpolitik gehöre zu den Schwerpunkten der Landesregierung. Notwendig seien mehr Möglichkeiten für langzeitarbeitslose Menschen, die ihnen sinnvolle, längerfristige und existenzsichernde Arbeit bieten. So engagiert sich die Ministerin für den sogenannten Aktiv-Passiv-Transfer, mit dem Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird, indem alle Geldmittel, die ein Hartz-IV-Empfänger erhält, zusammengefasst werden.

Leider fehle die Unterstützung durch die Bundesebene, aber Thüringen habe damit begonnen und stelle jährlich 7,5 Millionen Euro für entsprechende Projekte zur Verfügung. ■

## Von A bis Z:

### Elektrifizierung

Auf die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung Weimar-Gera-Gößnitz - ihre Finanzierung und den Zeitplan - haben sich am 13. September Ministerpräsident Bodo Ramelow und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt verständigt. Ramelow sagte, dass sich Thüringen damit zu einem „Bahnknoten der Superlative“ entwickele.

Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraktion, wies darauf hin, dass Thüringen vorausschauend im Haushalt notwendige Mittel in Millionenhöhe für Vorbereitungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt habe. „Das Projekt schafft die Voraussetzungen für möglichen Fernverkehr auf der Mitte-Deutschland-Verbindung, eine wesentlich bessere Anbindung Jenas an die Städtekette in Richtung Erfurt/Gera und ist zudem ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.“ Langfristig könne sich auch der Bahnhof Jena-Göschwitz zu einer wichtigen Umsteigerelation entwickeln.

„Nun geht es auch darum, weitere Strecken, wie Gotha-Leinefelde, in ein vordringliches Elektrifizierungsprogramm aufzunehmen. Es stünde der zukünftigen Bundesregierung gut zu Gesicht, wenn sich Bund und Bahn auf ein großflächiges Elektrifizierungsprogramm verständigen könnten. Das gilt auch für die verstärkte Förderung von Straßenbahnen und E-Bussen in Kommunen. Sie sind der Schlüssel für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur“, sagte Gudrun Lukin. ■

## Tierhaltung

Zu einem Fachtag zum Thema „Artgerechte Tierhaltung“ lädt die Fraktion DIE LINKE am Dienstag, den 17. Oktober, in der Zeit von 11 bis 16.30 Uhr in den Thüringer Landtag ein (Raum F 201). Dazu die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright: „Wir möchten mit diesem Fachgespräch Möglichkeiten alternativer Tierhaltung vorstellen lassen und diese zur Diskussion stellen. Dazu haben wir kompetente Referenten eingeladen. Diese Vorschläge wollen wir mit Thüringer landwirtschaftlichen Akteuren und Bauern diskutieren. Wir möchten im Ergebnis dieses Fachgesprächs Anregungen für unsere politische Arbeit sammeln, um uns mit konkreten Forderungen einzubringen.“ ■

## Klagerecht

„Wir brauchen in Deutschland endlich ein kollektives Klagerecht“, so der Thüringer Verbraucherschutzminister Dieter Lauinger angesichts der weiterhin großen Verunsicherung der Betroffenen des Dieselskandals. Doch während europaweit der kollektive Rechtsschutz gestärkt wird, bleibt die Bundesregierung untätig und bringt nach wie vor keinen Gesetzentwurf zur kollektiven Rechtsdurchsetzung auf den Weg.

„Nach jetziger Rechtslage müssen sie sich jeweils einzeln gegen die Methoden der Autokonzerne wehren, wenn sie sich nicht auf Geschäftsmodelle privater Anwaltskanzleien einlassen möchten. Ein kollektives Klagerecht würde ihnen sehr helfen.“ ■

## Kindergipfel

Auf dem sechsten Thüringer Kindergipfel in Weimar, dessen Motto in diesem Jahr lautete „Kinder reden – Erwachsene hören zu“, haben drei Tage lang rund 100 Kinder im Alter von zehn bis 16 Jahren über Thüringens Zukunft diskutiert. Am 16. September, dem Abschlusstag, übergaben sie einen Zukunftsvertrag an den Thüringer Bildungsminister Helmut Holter (LINKE). Darin erläutern sie, wie sie sich ein zukunftsfähiges Thüringen vorstellen. Die Kinder fordern unter anderem, dass sie auf Landesebene schon ab 16 Jahren und auf Bundesebene ab 17 Jahren wählen dürfen. Weitere Themen waren Umweltschutz, modernere Unterrichtsmaterialien in Thüringer Schulen und mehr Tierschutz. ■

## Wichtige Termine

**Landtagssitzungen:**
Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt (jeweils Mittwoch bis Freitag) in der Zeit vom 27. bis 29. September und vom 1. bis 3. November sowie von Dienstag, den 12., bis Freitag, den 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

**www.die-linke-thl.de** ■

## Kurz und Prägnant

### Ergebnisse der U18-Wahl in Thüringen

Bei der U18-Wahl in Thüringen am 15. September wurde die CDU mit 21,6 Prozent gewählt. Die AfD erhielt 15,69 Prozent von 5702 abgegebenen Stimmen. Die SPD kam auf 15,37 Prozent. Linke und Grüne lagen mit etwa 10,6 Prozent gleichauf. Für die FDP stimmten 6,47 Prozent, für Die Partei 5,75 Prozent. Die Piraten und auch die NPD können bei den Jungwählern die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen. Die Wahl wurde von Jugendlichen für Jugendliche organisiert, wie die Thüringer Landeskoordinatorin Maria Wischeropp sagte. Dafür hatten in Thüringen 61 Wahllokale - vor allem in Schulen - geöffnet. Organisiert wurde die Testwahl vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring und anderen Jugendverbänden. ■

### Finanzierung Schulen in freier Trägerschaft

Auf einen Zeitungsbeitrag reagierend sagte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion Torsten Wolf: „Den freien Schulen in Thüringen ging es noch nie so gut. In den fünf Jahren unserer Regierungskoalition bekommen sie 50,3 Millionen Euro bzw. 37 Prozent mehr vom Land. Zusätzlich wurden den Trägern weitgehende Freiheiten beim Personal gegeben, eine festgelegte Quote für die Fortbildung und die Sicherheit im weiteren Aufwuchs der staatlichen Mittel von 1,9 Prozent jährlich ins Gesetz geschrieben. Damit macht die Koalition deutlich, dass bei den Schülern nicht die Herkunft über die Wahl der Schule entscheiden soll. Thüringen ist nicht nur bei der Finanzierung staatlicher Schüler auf Spitzenplatz 1, sondern in den allermeisten Schularten und auch bei der Finanzierung der Schüler freier Schulen auf Platz 1 bis 2."

Zur Kritik der Träger wegen zu hoch empfundener Elterngebühren sagte der Abgeordnete: „Es gibt das verfassungsmäßige Gebot der Drei-Säulen-Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Säule Nr. 1 ist der Trägeranteil, Säule Nr. 2 die Elternbeiträge, Säule Nr. 3 die staatliche Zuschussfinanzierung. Das Land finanziert die freien Schulen mit 80 bis 85 Prozent und prüft, ob und in welcher Höhe die Elternbeiträge rechtskonform erhoben werden bzw. steigende Personalkosten daran ihren Anteil haben, obwohl bekannt ist, dass die wenigsten Träger nach dem oder in Anlehnung an den Tarifvertrag der Länder bezahlen. Eine Vollfinanzierung seitens des Staates für freie Schulen ist verfassungsrechtlich jedenfalls ausgeschlossen." ■

# Viele Petitionen kamen zum Thema Bildung

**Arbeitskreis der Linksfraktion hatte zum Fachgespräch „Kita und Schule" eingeladen**

**Im Laufe der Legislatur war im Petitionsausschuss des Landtages eine Vielzahl von Petitionen (Eingaben) zum Thema „Bildung" eingegangen. Da Bildung ein großer Themenschwerpunkt ist, hatten die Mitglieder des Arbeitskreises Petitionen der Faktion DIE LINKE Anja Müller, Ronald Hande und Ute Lukasch gemeinsam mit Diana Skibbe vom Arbeitskreis Bildung am 12. September mehrere Petenten zu einem Fachgespräch „Kita und Schule" eingeladen.**

Dabei waren in den Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung selbstverständlich die Bildungsexperten der Fraktion einbezogen. Stundenausfall an einer Regelschule in Südthüringen, die Problematik bei der Entfristung der Lehrerinnen und Lehrer für die Beschulung von Flüchtlingskindern, die Schwierigkeiten bei der Übernahme von Hort-Erzieherinnen in den Landedienst, eine geplante Schließung einer Berufsschule und die Einstellungsproblematik bei Lehrerinnen und Lehrern sind nur einige Themen, die im Laufe des Abends angesprochen und besprochen wurden.

Den Petenten wurde auch der im Juli erschienene Bericht des Bildungsministeriums zu den Ergebnissen der Kommission „Zukunft Schule" übergeben. Dazu bemerkte ein Teilnehmer der Veranstaltung: „Ich empfehle das Lesen dieses Berichtes – es ist das Beste, was seit langem aus dem Ministerium kommt, und das Beste, was es derzeit gibt". Petenten und Abgeordnete haben nach über eineinhalb Stunden reger Diskussion vereinbart, dass offene Fragen mitgenommen und mit den Verantwortlichen geklärt werden. Auch möchte die Linksfraktion die Petenten im Mai 2018 erneut zu einem Gespräch und Austausch einladen, um zu klären, ob sich die Situation im Sinne der Petenten verbessert hat.

„Wir sind super zufrieden mit der Veranstaltung – es hätte nicht besser laufen können. Eltern konnten sich mit Schulleitern austauschen, ohne dass sie direkt miteinander betroffen sind. Es war eine sehr offene und konstruktive Diskussion", fasste Anja Müller zusammen.

*Die Mitglieder des Arbeitskreises Petitionen der Fraktion DIE LINKE (von links): Anja Müller, Ronald Hande und Ute Lukasch.* *Foto: Peter Lahn*

**Vernetzungstreffen im Oktober**

Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE findet am Freitag, den 13. Oktober, im Thüringer Landtag das erste bundesweite Vernetzungstreffen im Bereich „Petitionswesen" statt. Bei den Teilnehmenden der Veranstaltung handelt es sich um LINKE-Abgeordnete der Petitionsausschüsse des sächsischen Landtages, der Berliner Bürgerschaft und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsam wollen sich die Abgeordneten über die unterschiedlichen Arbeitsweisen der Petitionsausschüsse, die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen austauschen und gegebenenfalls eine effektive Zusammenarbeit verabreden.

Auch wollen sich die Abgeordneten über den Umgang mit freien Petitionsplattformen wie openPetition.de austauschen. Dabei geht es u.a. um die Frage, wie mit den zugesandten Unterschriftenlisten umgegangen wird und inwiefern freie Petitionsplattformen Ausdruck einer modernen Form der Bürgerbeteiligung sind. Auch wird darüber zu reden sein, ob es eventuell eine offizielle Zusammenarbeit mit diesen Plattformen geben kann.

Einen ganzen Tag werden die Abgeordneten in den Räumlichkeiten des Thüringer Landtages diese und andere Themen auf Einladung der LINKEN diskutieren.

*Karsten Melang* ■

## Zum Flüchtlingsurteil des Europäischen Gerichtshofs

**Die Slowakei und Ungarn sind mit einer Klage gegen eine Flüchtlingsquote in der EU vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) am 6. September gescheitert. Die Zurückweisung der Klage stützt die bereits im Juni gegen Ungarn, Polen und Tschechien eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren.**

Bisher zeigten sich alle drei Regierungen davon unbeeindruckt und es ist nach Ansicht der Flüchtlingspolitikerin der Thüringer Linksfraktion, Sabine Berninger, „auch nicht zu erwarten, dass der Beschluss daran etwas ändert. Im Gegenteil kann eigentlich Geflüchteten auch nicht gewünscht werden, dass sie in solchen Ländern mit einer zunehmend ausländerfeindlichen, rassistischen Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung – die ja auch zur Wahl dieser Regierungen führte – umgesiedelt werden". Mitgliedsstaaten zur Aufnahme „zu zwingen", hält die Abgeordnete nicht für sinnvoll.

„Solidarische Verantwortungsübernahme, eine solidarische gemeinsame Asylpolitik sollte meines Erachtens durch eine deutlich bessere finanzielle Unterstützung der aufnahmebereiten Staaten und eine Art Umlagefinanzierung sowie empfindliche Vertragsstrafen für die Verweigernden versucht werden. Der viel beschworene 'Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, Europa' ist leider insbesondere für Schutzsuchende noch lange nicht, was wir uns darunter vorstellen. Mit dem Festhalten am Dublin-System bleibt die Verantwortung für Geflüchtete weiterhin unverhältnismäßig auf die südlichen und östlichen EU-Länder abgewälzt. Dieses System ist untauglich und gehört abgeschafft zugunsten eines solidarischen Ausgleichs zwischen den EU-Ländern, der nicht auf Kosten der schutzsuchenden Menschen stattfinden darf, sondern vor allem auf finanzieller Ebene geschehen muss", betonte Sabine Berninger.

*In der online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 6. September hieß es: „Man kann sie mit den rechtlichen Mitteln zwingen, die der EU zur Verfügung stehen. Das läuft nach Lage der Dinge auf Zwangsgelder und/oder auf ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags hinaus, wie es Polen gerade wegen der Justizreform droht. Am Ende stünde der Verlust des Stimmrechts, ein de-facto-Ausschluss aus der EU."* ■

## Das Thema

# Menschenverachtendes Gesellschaftsbild

### Steffen Dittes in der Plenardebatte zur AfD-Anfrage „Schusswaffen in Thüringen“

**Auf Verlangen der AfD-Fraktion hat der Thüringer Landtag am 1. September deren Große Anfrage „Schusswaffen in Thüringen“ beraten. Für die Fraktion DIE LINKE ergriff in der Debatte der innenpolitische Sprecher Steffen Dittes das Wort. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll:**

Die Linke hegt keine generellen Vorbehalte gegen Sportschützen und Jäger, es geht auch nicht um eine pauschale Einschränkung von Freiheit, wenn man die Entscheidung, eine Waffe zu besitzen, als solche überhaupt bezeichnen möchte. Es geht um eine reale Betrachtung der Gefahren und Missbrauchspotenziale und Risiken, die durch den Besitz und die Aufbewahrung von Waffen und Munition in gewöhnlichen Haushalten einfach existieren. Da unterscheiden wir uns tatsächlich – ich denke, da sind wir uns mit den anderen Fraktionen in diesem Haus auch einig – ganz diametral von der AfD. Für uns hat die Sicherheit von Menschenleben immer einen höheren Wert als Freizeitinteressen und Kostenersparnisse oder die Gewaltfantasien von AfD-Abgeordneten.

#### Ignoranz gegenüber Tatsachen und Fakten

Wenn die AfD eher freudig feststellt, dass mit Schusswaffen in Thüringen im Jahr 2015 kein einziger Mord verübt wurde, und damit suggeriert, dass es keine große Gefahr gibt, die von Menschen mit Waffen ausgeht, dann ist das zynisch. Das offenbart eben auch, dass die AfD gar nicht willens war, die Antworten auf ihre Anfrage zu lesen, um das, was sie ideologisch motiviert, hier vortragen zu können. Denn tatsächlich gibt es wenige Morde in Thüringen, die mit Schusswaffen verübt werden, 2015 auch keinen einzigen. Jedoch ist der Anfrage zu entnehmen, dass in den Jahren 1993 bis 2014 insgesamt 82 Tötungsdelikte in Thüringen gezählt wurden, bei denen geschossen wurde. Bundesweit sterben in Deutschland jedes Jahr rund 70 Menschen durch Angriffe oder Unfälle mit Schusswaffen.

*(Zwischenruf Abg. Stefan Möller, AfD: Mit was für Waffen?)*

Hinzu kommen mehrere Hundert Selbstmorde. Und die Unverfrorenheit und dieser Zynismus, mit dem Herr Möller diese Anzahl von Todesopfern hier relativieren wollte, ist für viele im Hohen Haus, genauso wie für mich, unerträglich. Und weil jetzt die Frage dazwischengeworfen wurde, aber von welchen Waffen ging das denn aus, will ich das auch sagen: Laut einer Recherche von „ZEIT ONLINE“ ging beispielsweise im Jahr 2013 die Hälfte der Schusswaffentoten auf das Konto registrierter Waffen, also legaler und den Behörden bekannter Waffen.

In der Antwort des Innenministeriums werden 1.233 Hoheitsdelikte in Thüringen gezählt, also Körperverletzung, gefährliche, schwere Körperverletzungen, bei denen geschossen wurde, allein zwischen 2011 und 2015 fast 100 Fälle.

Hinzu kommen weitere 2.500 Fälle aus den letzten zwei Jahrzehnten in Thüringen, bei denen Körperverletzungen stattfanden und dabei Opfer mit Schusswaffen bedroht wurden, ohne dass tatsächlich ein Schuss fiel. Auch ein Blick auf die Bundesebene zeigt uns, dass das, was die AfD hier vortragen wollte, pure Ideologie ist, denn der rückläufige Trend der Verwendung von Schusswaffen hat sich im vergangenen Jahr aufgehalten; es gab wieder einen Anstieg auf bundesweit fast 10.000 Fälle. In der Mehrheit der Fälle wurde geschossen. Die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung, bei denen geschossen wurde, sind 2016 gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent auf 805 Fälle angestiegen.

Das, was Herr Möller also hier für die AfD vorgetragen hat, ist im Prinzip nicht nur ideologisch motiviert gewesen und offenbart ein wirklich menschenverachtendes Gesellschaftsbild, es ist auch einfach nur falsch und gelogen. Auch in Thüringen hat sich ausweislich der für 2016 veröffentlichten Polizeilichen Kriminalitätsstatistik die Zahl, in denen geschossen worden ist, verdoppelt auf 175 Fälle. Aber das ignoriert die AfD. Aber das hat sich bereits bei der Fragestellung angedeutet, wie diese Partei von Ignoranz geprägt ist gegenüber Tatsachen und Fakten.

Interessant ist natürlich auch, was die AfD nicht gefragt hat. Denn gefragt wurde nicht nach der Zahl der Neonazis und Reichsbürger in Thüringen, die legal Waffenbesitzkarten oder Waffen besitzen. Es wurde auch nicht gefragt nach der Zahl der Menschen, die durch Schusswaffen in Thüringen verletzt wurden, und die Art der Körperverletzung. Es wurde zum Beispiel auch nicht nach illegalen Waffengeschäften und Schwarzmärkten von Neonazis und Rechtspopulisten, die einen Teil der AfD-Wähler bedienen, gefragt. Das hat natürlich politische Hintergründe. Das zeigte ja für Thüringen auch das Beispiel der Internetseite „Migrantenschreck“. Denn der Betreiber der Seite aus Erfurt, der dort unverfroren nicht nur Waffen anbot, sondern auch zu Gewalt und zum Töten von Migrantinnen und Migranten aufgerufen hat, war nach FOCUS-Informationen AfD-Mitglied der ersten Stunde. Ein Teil des Klientels der AfD bediente sich bei dieser Seite im Shop. Die Zeitung „Die Zeit“ hat die Kundendaten analysiert und sogar AfD-Lokalpolitiker aus Hamburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen unter den Waffenkäufern ermittelt. Das ist aber kein Anlass für die AfD, hierzu Stellung zu nehmen oder das sogar zu hinterfragen.

Zahlen, die die AfD auch nicht interessieren, sind zum Beispiel rechte Straftaten unter Einsatz von Schusswaffen. Das hat allerdings die Bundestagsfraktion der LINKEN getan und ist dieser Fragestellung nachgegangen. Sie hat als Auskunft vom Bundeskriminalamt bekommen, dass 536 solche als rechte Straftaten zu charakterisierende Straftaten unter dem Einsatz von Schusswaffen verübt worden sind. Die Zahlen des Bundes sind ebenso alarmierend wie handlungsauffordernd, wonach eben 700 sogenannte Reichsbürger sowie mindestens 400 Neonazis über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügen.

#### „Zwangspazifizierte und entwaffnete Gesellschaft“

Und wenn Innenminister nach dem Mord an einem Polizisten im Oktober vergangenen Jahres in Mittelfranken überlegen, dass man – wie der Abgeordnete Fiedler (CDU) hier zu Recht auch angemerkt hat – darüber nachdenken muss, Reichsbürger tatsächlich zu entwaffnen, kommentiert das der AfD-Abgeordnete Henke als ein „altlinkes ideologisches Projekt der zwangspazifizierten und entwaffneten Gesellschaft“.

Ich glaube, hier wird auch deutlich, dass es eben nicht darum geht, Menschen vor Straftaten zu schützen, sondern der AfD geht es darum, Neonazis und Reichsbürger mit Waffen vor dem Zugriff des Staats zu schützen, und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Ich will aber auch deutlich noch mal auf die legalen Waffen eingehen, weil wir oftmals in der Diskussion so eine Trennung haben, dort die gefährlichen illegalen Waffen und dort die legalen Waffen.

#### Aus legalen werden illegale Schusswaffen

Auch unter den Waffen von Neonazis sind viele legale Waffen. Etwa die Hälfte der Straftaten in Deutschland wird mit illegalen Waffen begangen, das heißt doch schon mal in der Schlussfolgerung, dass auch bei den legalen Waffen ein ernsthaftes Bedrohungspotenzial existiert, und das ist auch unabhängig von der politischen Orientierung, unabhängig der Mitgliedschaft in rechten Organisationen. Da verweise ich auch wieder auf die Antwort des Ministeriums auf die Anfrage zu sichergestellten Waffen.

*(Zwischenruf Abg. Volker Emde, CDU: Sie reden so lange! Das ist die AfD doch gar nicht wert!)*

Das Thema ist es wert, Herr Emde, nicht der Fragesteller, aber das Thema. Ich will aber, weil es tatsächlich ein wichtiges Anliegen ist, Herr Emde, deutlich noch mal auf die Möglichkeit des Umbaus und der Rückveränderung von Waffen eingehen. So wurden nach Auskunft des TMIK 2015 29 Schreckschuss-, Gas-, Signal-, Salut- oder Dekowaffen in Thüringen festgestellt, die umgebaut worden sind.

Und in den letzten zehn Jahren waren es fast 250 Fälle in Thüringen, bei denen illegale Schusswaffen aus legalen hergestellt wurden. Ich will auch mal daran erinnern, falls Ihnen das nicht mehr in Erinnerung ist: Der Münchner Amokschütze, der im Juni 2016 neun Menschen tötete, hat laut Untersuchungsbericht der Sonderkommission mit einer umgebauten Theaterdekowaffe die Morde begangen.

Auf einen Punkt will ich noch eingehen, auf die vermeintlich kriminellen Ausländer bei waffenrechtlichen Verstößen. Da hat ja die AfD in ihrer Fragestellung sehr viel Wert darauf gelegt, das zu erforschen und zu hinterfragen. Allerdings dürfte die Antwort für die AfD recht unbefriedigend ausgefallen sein, denn von den Tatverdächtigen bei Straftaten mit Schusswaffen waren 90 Prozent deutscher Herkunft bei 750 Tatverdächtigen, im Jahr 2009 bis 2015 waren es sogar über 95 Prozent und bei sichergestellten Waffen 2009 bis 2016 waren 98 Prozent der Betroffenen Deutsche.

Das zeigt, dass der offensichtliche Versuch der AfD, ein Bild vom rechtstreuen Deutschen zu zeichnen im Gegensatz zum zur Kriminalität neigenden Nichtdeutschen wohl fehlgeschlagen ist. ■

# Wahlen als Seismografen gesellschaftlicher Probleme

## Einladung zur Veranstaltung der Linksfraktion zu Fragen u.a. der Wahlbeteiligung

**Kein Bock auf Wahlen? Protest mit Wahlen? Oder was? – Wahlen und Abstimmungen als Seismografen gesellschaftlicher Entwicklungen". Auf höchst aktuelle Fragestellungen will die Linksfraktion mit einer Veranstaltung vier Wochen nach der Bundestagswahl eingehen.**

Auch in Thüringen und nicht nur nach Wahlen wird in der öffentlichen Diskussion die sinkende bzw. niedrige Wahlbeteiligung beklagt und als „Krisenzeichen" der (parlamentarischen) Demokratie gewertet.

Wahlen – und auch direkt-demokratische Abstimmungen – sind Seismografen gesellschaftlicher Probleme und Entwicklungen. Das gilt nicht nur für die Wahlbeteiligung, sondern auch für andere Fragen, wie z.B. wer sich an den Wahlen beteiligt und wer nicht, ob und wie soziale Ausgrenzungsprozesse wirken, wer warum welche inhaltliche Wahlentscheidung trifft. All das sagt Wichtiges über den Zustand der Gesellschaft aus und welche Probleme auf Lösung drängen – aber auch viel darüber, wie demokratisch und fundiert die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bei den Bürgerinnen und Bürgern abläuft, beeinflusst durch Politiker, Parteien und Medien.

Die Parlamente brauchen eine breite Wahlbeteiligung, wenn sie starke und wirklich akzeptierte gesellschaftspolitische Akteure in der Demokratie sein wollen und sein müssen. Für die von den Parlamenten gewählten Regierungen gilt das genauso.

Deshalb widmet sich diese Veranstaltung der LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag dem Thema, was Wahlen uns über den (politischen) Zustand unserer demokratischen Gesellschaft verraten und welche Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen dieser Analyse gezogen werden sollten – nicht nur bezogen auf Wahlen, sondern z.B. auch auf die Ausgestaltung der Parlamentsarbeit zwischen Wahlen und auf die Stärkung der direkten Demokratie - auch als Unterstützung der Parlamente.

**Die Linksfraktion lädt recht herzlich ein zur Veranstaltung am Mittwoch, den 25.Oktober, 15 bis 19 Uhr in den Landtag, Käte-Duncker-Saal (Raum F 201). Programm nach der Begrüßung durch Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow:**

15.10 Uhr: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus; Funktionen von Wahlen und Abstimmungen im demokratischen Sozialstaat. Prof. Dr. Hermann Heußner, Hochschule Osnabrück

16.00 Uhr: Folgt der sozialen Ungleichheit die politische Ungleichheit? Zum Zusammenhang von sozialer Lage, Wahlverhalten und demokratischer Stabilität. Horst Kahrs, Rosa-Luxemburg Stiftung, Berlin

17.10 Uhr :Wechselwirkungen zwischen direkter und parlamentarischer Demokratie. Dr. Michael Efler, Bundesvorstand Mehr Demokratie e.V., Mitglied Abgeordnetenhaus Berlin

18.00 Uhr: Die „Mitmach-Demokratie für alle" stärken. Podiumsdiskussion mit den Referenten sowie LINKE-MdL Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung ■

## Alternative Unterstützung kam in Jena und Schmalkalden gut an

*Nach der Eröffnung des diesjährigen Kulturspektakels auf dem Abenteuerspielplatz Jena-Lobeda übergaben der LINKE-Landtagsabgeordnete Torsten Wolf, begleitet vom Bundestagsabgeordneten Ralph Lenkert, dem neuen Träger JuMäx e.V. einen Spendenscheck der Alternative 54 e.V. Die Spende half, das Programm des Kulturspektakels, das sich durch allerhand Wissenswertes, Musik und viele Leckereien auszeichnet, zu unterstützen.*

*Die beiden Abgeordneten zeigten sich bei einem Rundgang über das Gelände des Abenteuerspielplatzes erfreut, dass die Übernahme der Trägerschaft durch JuMäx e.V. so reibungslos funktioniert hat und sich schon erste neue „Bauwerke" bewundern lassen. Der Abenteuerspielplatz bleibt somit ein wichtiger Anlaufpunkt für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils, auf dem sie bei verschiedenen Tätigkeiten, wie „Bude" bauen, Gemüsegarten pflegen oder einem Lagerfeuer, ganz viel lernen und einfach Kind sein dürfen.*

*(www.abenteuerspielplatz-jena.de).*

*Große Freude herrschte auch bei den Mitgliedern des Blinden- und Sehbehindertenverbandes der Ortsgruppe Schmalkalden, denen der LINKE-Landtagsabgeordnete Roland Hande dieser Tage eine Spende aus dem Fonds der Alternative 54 der Abgeordneten der Linksfraktion übergeben konnte. Das Geld soll vor allem für die Mitgliederbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, informierte der Vorsitzende Wolfgang Leffler.*

*Seit vielen Jahren organisiert der Ortsverband aus dem Inklusionsgedanken heraus „Miteinander leben, voneinander lernen" Informationsveranstaltungen in Kindergärten und Schulen, um so auf die Situation und die Schwierigkeiten der Blinden und Sehbehinderten aufmerksam zu machen.* ■

## Nebenbei NOTIERT

von **Annette Rudolph**

### Ein schwarzer Tag

Während Netzbauer und Netzbetreiber feierten - klar, in ihren Kassen klingelt es tüchtig - war dieser 14. September, an dem die Südwest-Kuppelleitung offiziell in Betreib ging, für nicht wenige Thüringerinnen und Thüringer ein schwarzer Tag. Viele Jahre hatten sie mit allen Mitteln und Möglichkeiten, mit lauten und leisen, vor allem mit viel kreativen Protest, gegen diese 380-Kilovolt-Leitung über den Thüringer Wald gekämpft.

Wie oft haben wir in der UNZ darüber berichtet und vor allem auch im Parlamentsreport. Denn Petra Enders, die „Jeanne d'Arc vom Thüringer Wald", wie sie der Tagesspiegel nannte, war 2004 - damals Großbreitenbacher Bürgermeisterin, heute Landrätin des Ilm-Kreises - in den Thüringer Landtag gewählt worden. Und sie nutzte ihren erweiterten Aktionsradius nach allen Regeln der Kunst, um gemeinsam mit anderen Engagierten, vor allem mit den Bürgerinitiativen, gegen den Trassenwahnsinn anzugehen.

Schließlich zogen sie sogar vor das Bundesverwaltungsgericht. Das lehnte allerdings die Klage Großbreitenbachs und privater Grundstücksbesitzer ab, denn die Kuppelleitung sei von nationaler Bedeutung. Dabei waren sie ja nicht nur dagegen. Sie suchten nach Alternativen, gewannen Wissenschaftler, finanzierten Gutachten und organisierten Konferenzen, z.B. an der Technischen Universität Ilmenau. „Ja, es tue ihr jeden Tag weh, wenn sie zur Arbeit fahre und die Leitung sehe", so Petra Enders zum Freien Wort. Aber sie sagt auch, der Kampf sei nicht umsonst gewesen. Gewiss, sie waren Pioniere einer gesellschaftlichen Debatte über Sinn und Unsinn des Netzausbaus und alternative Umsetzungsmöglichkeiten, wie die Erdverkabelung. „Andere profitieren jetzt von der Arbeit, die wir geleistet haben. Und das ist gut so", meint Petra Enders. ■


## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

**Herausgeber:**
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:**
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.